

# Wirtschaftliche Auswirkungen

20. März 2020

## Aktuelle BDI-Sprachregelung

Die Bereitschaft, eine schnelle Ausbreitung des Virus durch eine drastische Reduzierung der Sozialkontakte zu bremsen, ist bei manchen Leuten nicht sehr ausgeprägt. Dabei ist dieses ignorante Verhalten hochgefährlich, denn wir nehmen damit einen ungebremsten Anstieg der Fallzahlen in Kauf – obwohl wir es längst besser wissen. Die Lage ist ernst. Jeder muss sich persönlich einschränken, um die Ausbreitung des Virus zu verringern. Ich rufe auf zur Solidarität. Das Recht auf Gesundheit wiegt in diesen Wochen schwerer als das individuelle Recht auf freie Entfaltung.

Grenzen zu schließen, mag eine nachvollziehbare Maßnahme sein, um kurzfristig handlungsfähig zu werden. Die unkoordinierte Schließung von Landesgrenzen innerhalb der EU darf aber keine dauerhafte Lösung sein. Dutzende Kilometer Stau aus LKW, die von Deutschland nach Polen wollen, dazwischen eingekleimt Reisende in ihren Autos – das darf keine Dauerlösung für den Binnenmarkt sein.

Die Bundesregierung hat sehr schnell die richtigen Maßnahmen ergriffen und damit deutlich gemacht, wie ernst es ihr ist. Das ist ein wichtiges Signal. Entscheidend ist, dass die Politik alle Staatshilfen unbürokratisch und möglichst passgenau anbietet. Es bedarf jetzt der Solidarität zwischen Unternehmen jeder Größe, um die Krise zu meistern. Bei Bedarf würde noch mehr gehen. Sollten die jetzt eingeleiteten Maßnahmen nicht reichen, wird die Bundesregierung handeln.

## Inhaltsverzeichnis

|   |           |
|---|-----------|
| <b>Maßnahmen der Bundesregierung .....</b>                      | <b>3</b>  |
| Einschätzung und Bewertung.....                                 | 4         |
| Weitere Maßnahmen.....  | 4         |
| <b>Koordinierung in der EU und Maßnahmen der EU .....</b>       | <b>5</b>  |
| Treffen der Eurogruppe .....                                    | 5         |
| Maßnahmen der EZB .....   | 6         |
| Weitere Maßnahmen auf europäischer Ebene .....                  | 7         |
| <b>Wirtschaftliche Auswirkungen Deutschland/Europa .....</b>    | <b>8</b>  |
| <b>Wirtschaftliche Auswirkungen auf einzelne Branchen .....</b> | <b>9</b>  |
| Automatenindustrie .....  | 9         |
| Automobilindustrie.....   | 9         |
| Chemieindustrie .....   | 9         |
| Elektrotechnik- und Elektronikindustrie .....                   | 11        |
| Erdgas- und Erdölindustrie.....                                 | 12        |
| IT und Telekommunikations-Industrie .....                       | 12        |
| Keramikindustrie.....   | 12        |
| Mobilität und Logistik.....                                     | 13        |
| Maschinen- und Anlagenbau.....                                  | 13        |
| Nichteisen-Metallindustrie .....                                | 14        |
| Papierindustrie .....   | 14        |
| Industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW) .....                  | 15        |
| Holzwerkstoffindustrie .....                                    | 15        |
| Schmuck- und Uhrenindustrie .....                               | 16        |
| Textil- und Modeindustrie .....                                 | 16        |
| <b>Internationale Lage .....</b>                                | <b>17</b> |
| China .....   | 17        |
| USA .....   | 18        |
| Indien.....   | 19        |
| Japan.....  | 19        |
| <b>Hotlines für Unternehmen .....</b>                           | <b>20</b> |

|                                     |           |
|-------------------------------------|-----------|
| <b>Links .....</b>                  | <b>20</b> |
| Bundesministerien/-ämter .....      | 20        |
| EU-Institutionen .....              | 22        |
| Forschungsinstitute .....           | 22        |
| Internationale Organisationen ..... | 22        |
| China .....                         | 22        |
| <br>                                |           |
| <b>Impressum .....</b>              | <b>23</b> |

## Maßnahmen der Bundesregierung

Nachdem sich das Virus auch in Europa und Deutschland ausgebreitet hat, haben das Bundesgesundheitsministerium und das Bundesinnenministerium am 27. Februar einen Krisenstab eingerichtet. Die Gesundheitsbehörden in den Ländern wurden aufgerufen, ihre Pandemiepläne zu aktualisieren.

Am 8. März wurden die Beschlüsse des Koalitionsausschusses veröffentlicht, die auf vier Punkten basieren. Diese sehen vor: I) eine Unterstützung für Griechenland und humanitäre Hilfe für die Region Idlib, II) Maßnahmen zur Unterstützung von Unternehmen, die von den Auswirkungen des Coronavirus betroffen sind, III) Investitionsoffensive für Deutschland, IV) Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Aus Kreisen der SPD wurde hierfür Zustimmung signalisiert, die SPD plant zudem den bisher für Anfang 2021 geplanten Abbau des Solidaritätszuschlags um ein halbes Jahr vorzuziehen sowie zusätzliche öffentliche Investitionen. Auch die CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sprachen sich für ein Investitionspaket sowie für Liquiditätshilfen für Unternehmen aus.

Zugleich veröffentlichten am 13. März Bundeswirtschaftsminister Altmaier und Bundesfinanzminister Scholz ein substanzielles Maßnahmenpaket zur Stützung der Liquidität von Unternehmen: „**Ein Schutzschild für Beschäftigte und Unternehmen**“. Es umfasst Regeln zur Kurzarbeit, steuerliche Liquiditätshilfen für Unternehmen und ein Schutzschild für Betriebe und Unternehmen über flexible Regelungen. Die **Kernbestimmungen** sind:

- Erleichterungen bei der Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld für betroffene Arbeitnehmer (inklusive der vollständigen Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen durch die BA);
- Steuerliche Stundungsleistungen, Erleichterungen bei Vorauszahlungen;
- Verzicht auf Vollstreckungsmaßnahmen bis Jahresende;
- Erleichterungen für den KfW-Unternehmerkredit und ERP-Gründerkredit-Universell durch höhere Risikoübernahme durch die KfW und durch Ausweitung auf Unternehmen bis 2 Milliarden Euro Umsatz (bisher: 500 Millionen EUR); Risikoübernahme bis 80 Prozent für Betriebsmittelkredite von Unternehmen bis zur Höhe von 200 Millionen Euro;
- KfW-Kredit für Wachstum wird für Konsortialfinanzierung in allen Branchen geöffnet, mit Risikoübernahme bis zu 70 Prozent ausgestattet; dies wird für Unternehmen mit bis zu 5 Milliarden Euro Umsatz geöffnet (bisher 2 Milliarden Euro);
- Für größere Unternehmen kann im Einzelfall Unterstützung bereitgestellt werden.
- Die Bürgschaftsbanken erhalten größeren Spielraum.
- Ein Großbürgschaftsprogramm von Bund und Ländern wird für alle Regionen geöffnet (bisher nur für strukturschwache Regionen). Betriebsmittel und Investitionen können für Bürgschaften oberhalb von 50 Millionen Euro mit einer Quote von 80 Prozent abgesichert werden.
- Zusätzliche Programm der KfW für einzelne Unternehmen können bei Bedarf aufgelegt werden (Betriebsmittel bis zu 80 Prozent, Investitionen bis zu 90 Prozent).

- Der Bundeshaushalt hatte bisher ein Garantievolumen von 460 Milliarden Euro, dies soll zeitnah um bis zu 93 Milliarden Euro erhöht werden.
- Für die Exportdeckung und die Refinanzierung von Hermesdeckungen kann der Ermächtigungsrahmen bei Bedarf erhöht werden.
- In der EU soll eng zusammengearbeitet werden. Die Minister unterstützen die Maßnahmen der EZB vom gestrigen Tag. Die EIB kann ebenfalls Beiträge leisten. Eine beihilferechtliche Klärung soll in Kürze erfolgen.

### **Einschätzung und Bewertung**

- Das Maßnahmenpaket ist auf den jetzigen Stand der Lage angepasst und enthält eine Vielzahl von Maßnahmen und potenziellen Maßnahmen, die bei Bedarf genutzt werden können.
- Die Liquiditätsmaßnahmen sind umfassend. Diese dürften es erlauben, mit dem Instrumentenkasten voraussichtlich jedes mögliche Finanzierungsproblem in den Unternehmen anzugehen. Wichtig ist auch, dass die Regierung vorab keine finanziellen Grenzen aufgezeigt hat, sodass keine Sorge um endliche Mittel und ein Windhundrennen aufkommen sollte.
- Das Papier enthält auch einen Hinweis darauf, dass automatische Stabilisatoren wirken können. Dies bedeutet, dass die konjunkturell zu erwartenden Mindereinnahmen bei Steuern und Abgaben und zu erwartende Mehrausgaben nicht durch Haushaltskürzungen kompensiert werden sollen. Diese Position dürfte in den Medien nicht ausreichend verstanden werden, ist aber bedeutsam.
- Beide Minister haben betont, dass zusätzliche konjunkturpolitische Maßnahme nach Sachlage in Betracht kommen. Die Beschlüsse vom heutigen Tag enthalten jedoch noch keine Hinweise, in welchen Feldern die Regierung handeln möchte.
- Die erleichterte Gewährung von zinsfreien Steuerstundungen und der Verzicht auf Vollstreckungsmaßnahmen sind grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings sind die Hürden noch zu hoch und die Anträge noch mit zu hohem Aufwand verbunden.
- Die aktuelle Krise zeigt, wie wichtig daneben mittelfristig strukturelle steuerliche Maßnahmen bei den Unternehmenssteuern sind, um Investitionen anzureizen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern.
- Zusätzlicher Vorschlag aus der Praxis: Unbürokratische Erstattung von Entgeltfortzahlungen ermöglichen, wenn Arbeitnehmer durch behördliche Anordnung in Quarantäne sind.

### **Weitere Maßnahmen**

- Bundesarbeitsminister Heil, Bundeswirtschaftsminister Altmaier und die Sozialpartner haben nach einem Treffen am 18. März angekündigt, Gespräche über mögliche tarifvertragliche Regelungen für eine finanzielle Aufstockung des Kurzarbeitergeldes zu führen (beträgt 60 oder 67 Prozent (mit Kindern) des ausgefallenen Nettolohns).
- Im BMAS soll zudem eine Clearingstelle als Anlaufstelle für die Sozialpartner eingerichtet werden, um vor allem arbeitsrechtliche Fragen schnell und unbürokratisch zu klären. Gleichzeitig sollen Lösungen gefunden werden, wie Lohneinbußen für Beschäftigte, die von

Schul- oder Kitaschließungen betroffen sind, abgefedert werden können. Hierzu appellieren Bundesregierung und Sozialpartner an Arbeitgeber, zu vielfältigen, pragmatischen und einvernehmlichen Lösungen zu kommen, um Beschäftigung und Löhne zu sichern. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen, z. B. über Überstundenabbau oder die kurzfristige Inanspruchnahme von Urlaub, die Kinderbetreuung sicherstellen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung entgeltssichernde Maßnahmen für die Elternteile prüfen, die die Kinderbetreuung nicht anderweitig sicherstellen können (z. B. über neue Entschädigungsregelung).

- Die Regierung arbeitet zudem an einem Notfallfonds für Unternehmer und Unternehmen, für die ein Bürgschaftskredit nicht ausreichend ist. Dies ist ebenfalls positiv. Geplant ist ein Notfallfonds im zweistelligen Milliardenbereich mit Zuschüssen und Darlehen für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer. Das Gesetzespaket soll bereits am 23. März in einer Sondersitzung des Bundeskabinetts beschlossen werden. Am 24./25. März sollen die Bundestagsfraktionen tagen, am 25./26. März die Bundestags-Ausschüsse, am 26. März soll ein reduzierter Bundestag das Paket beschließen. Wenn der Bundesratspräsident der Bitte der Länder entspricht, wird es bereits am 27. März eine Sondersitzung des Bundesrates geben, um das Gesetzgebungsverfahren schnellstmöglich abschließen zu können. Anschließend erfolgt ein unverzügliches Inkrafttreten.

## Koordinierung in der EU und Maßnahmen der EU

Die EU hat am 10. März auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs (und zuvor auf Fachministerebenen) eine stärkere Koordinierung beschlossen. Dazu zählen vier Punkte: 1. Informationsaustausch zu gesundheitspolitischen Maßnahmen auf Tagesbasis, 2. Arbeitsauftrag an die Kommission, die Versorgung mit medizinischen Produkten sicherzustellen, 3. Stärkung der Impfforschung, 4. Hilfen für die Wirtschaft, insbesondere Liquiditätsbereitstellung für KMUs und betroffene Sektoren. Klargestellt wurde auch, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts zusätzliche Haushaltsbelastungen bei außergewöhnlichen Umständen zulassen.

### Treffen der Eurogruppe

Am 16. März trafen sich die Finanzminister der Euroländer, um sich bezüglich der Koordinierung von nationalen Maßnahmen abzustimmen. Eurogruppen-Chef Mário Centeno betonte, dass die Euroländer hinsichtlich Krisenbewältigung alles Mögliche tun werden. Folgende Maßnahmen wurden als Bestandteile des koordinierten Vorgehens definiert:

- Zugelassene Wirksamkeit von automatischen Stabilisatoren.
- Implementierung folgender vorübergehender Maßnahmen, deren Ausgestaltung abhängig von der jeweiligen Ländersituation ist:
  - Sofortige finanzielle Unterstützung für viruseindämmende und krankheitsbehandelnde Maßnahmen,
  - Bereitstellung von Liquiditätsmaßnahmen für Unternehmen, die besonders von den Auswirkungen betroffen sind, im Besonderen kleine und mittelständische Unternehmen. Mögliche Instrumente: steuerliche Maßnahmen, öffentliche Garantien;
  - Unterstützungsmaßnahmen für Angestellte zur Vermeidung von Einkommenseinbußen und dem Verlust von Arbeitsplätzen durch bspw. Einführung von Kurzarbeit oder weiterer Maßnahmen.

Die Europäische Investitionsbank gab bekannt, bis zu 40 Milliarden Euro an Investitionen speziell für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) kurzfristig mobilisieren zu wollen. Die Mittel werden nicht direkt von der EIB an betreffende Unternehmen ausgezahlt, sondern indirekt über Finanzintermediäre, wie zum Beispiel Geschäfts- oder nationale Förderbanken. Das Finanzpaket umfasst die folgenden Bestandteile:

- Spezielle Garantiesysteme für Banken, die auf bestehenden EIB-Programmen basieren und mit sofortiger Wirkung Finanzmittel in Höhe von bis zu 20 Milliarden Euro mobilisieren. Diese Mittel sollen KMUs in Not als Darlehen zur Verfügung gestellt werden.
- Ausgewiesene Liquiditätslinien an Banken, um eine zusätzliche Unterstützung von bis zu 10 Milliarden Euro zur Sicherung von Betriebsmittelfinanzierungen für KMUs und Midcaps sicherzustellen.
- Spezielle Kaufprogramme für Asset-Backed Securities (ABS). Mit dieser Art von Finanzinstrument können Banken KMU-Kreditausfallrisiken aus ihren Bilanzen auslagern. Diese Maßnahme erlaubt es Banken neuen „Platz“ für die Ausgabe weitere Kredite in Höhe von 10 Milliarden Euro zu generieren.

Darüber hinaus versucht die EIB ihre Venture Capital-Programme zum Beispiel für die Forschung und Entwicklung von Impfstoffen auszuweiten.

Link zum Factsheet: <https://www.eib.org/attachments/press/covid19-eib-group-response-factsheet-en.pdf>

### Maßnahmen der EZB

Die EZB hat am 12. März - im Konsens - zielgenaue und weitreichende Entscheidungen zur Stabilisierung des Bankensystems und der Finanzmärkte getroffen. Folgende Punkte sind zentral:

1. **Erleichterte Refinanzierung der Banken:** die EZB stellt über Vollzuteilung Mittel zu -0,5 Prozent bis Juni bereit. Ab Juni setzt das dritte langfristige Refinanzierungsprogramm ein (TLTRO 3 = Targeted long-Term Refinancing Operations). Dies wird nun günstiger ausgestaltet (bis Juni 2021). Damit lässt sich die Mittelstandsfinanzierung von Banken deutlich leichter sicherstellen. Der Zinssatz für die Refinanzierung für Banken, die ihre Ausleihungen über bestimmten Schwellenwerten halten, kann bis auf etwa -0,75 Prozent sinken und wird ansonsten unterhalb von -0,25 Prozent liegen.
2. **Zeitlich begrenzte Erhöhung des Kaufprogramms für Wertpapiere:** einmalig zusätzliche Wertpapierkäufe in Höhe von 120 Milliarden Euro (über die derzeit 20 Milliarden Euro pro Monat hinaus) bis zum Jahresende. Das ist im Rahmen der bisher festgelegten Obergrenzen für den Kauf von Staatsanleihen bestimmter Emittenten gemäß Kapitalschlüssel der EZB möglich.
3. **Kapital- und Liquiditätserleichterungen für Banken:** Die EZB erleichtert den Banken die Nutzung von Kapital und Liquidität vorübergehend unterhalb der Sollwerte von bestimmten Kapital- und Liquiditätspuffern, vor allem in der Säule-2-Leitlinie, bei dem Kapitalerhaltungspuffer und dem Liquiditätserhaltungspuffer. Zudem dürfen Banken bestimmte Kapitalanteile schon jetzt auf die Säule 2 anrechnen lassen, obwohl das erst ab Januar 2021 gesetzlich gelten wird. Zudem wird die EZB mit allen unter ihrer direkten Aufsicht stehenden Banken konkrete Gespräche über etwaige Probleme mit notleidenden Krediten und dem Umgang mit diesen führen.

**Ergänzende Maßnahmen der Mitgliedstaaten erwartet:** Die EZB erwartet zudem, dass der antizyklische Kapitalpuffer, sofern diese eingesetzt sind, von den Mitgliedstaaten herabgesetzt wird.

4. **Keine Zinsänderungen:** Die Zinssätze sind beibehalten worden (Einlagenzinssatz -0,5 Prozent, Hauptrefinanzierungssatz 0,25 Prozent und Spitzenrefinanzierungssatz bei null Prozent). Eine weitere Absenkung hätte eine noch komplexere Aufteilung (tiering) für die Banken notwendig gemacht.

Am 18. März hat die EZB mit einem weit reichenden Programm nachgelegt. Trotz sichtbarer Probleme wirkt das Paket in diesem Fall vorbeugend. Es stemmt sich vorsorglich gegen mögliche Finanzierungsengpässe auf den Kapitalmärkten. Das ist sehr positiv, angemessen und scheint erneut im Konsens erfolgt zu sein. Damit korrigiert die EZB insbesondere die Irritationen, die bei der letzten Pressekonferenz entstanden waren, im Hinblick auf die Risiken für Staatsanleihen Italiens, aber auch im Hinblick auf mögliche Liquiditätsstopps auf bestimmten Segmenten des Finanzmarkts im Euroraum (die FED hatte ja ebenfalls ein ähnlich dimensioniertes Programm beschlossen, da dort schon der Commercial Paper-Markt „eingefroren“ war).

Die wesentlichen Bestandteile des Pandemic Emergency Purchase Programme (PEPP) sind:

1. Das Programm hat einen Umfang von bis zu 750 Milliarden Euro bis Jahresende 2020, ggf. mit weiteren Volumina und länger, falls erforderlich.
2. Alle unter dem Kaufprogramm möglichen Unterprogramme können genutzt werden.
3. Für die Kaufprogramme von Staatsanleihen gilt weiterhin der Kapitalschlüssel der EZB als Maßstab für die Aufteilung. Käufe werden nach Bedarf flexibel durchgeführt. Für Griechenland gibt es eine Sonderbestimmung, die höhere Käufe ermöglicht.
4. Besonders wichtig ist die Ausweitung des Kaufprogramms für Unternehmensanleihen, das um „non-financial commercial paper“, also kurzfristige Schuldtitel der Realwirtschaft, ergänzt wird. Damit kann die Refinanzierung leichter sichergestellt werden.
5. Die Kreditsicherheitsstandards werden gelockert, um die Refinanzierung sicherzustellen.
6. Die Selbstverpflichtung der EZB, alles Notwendige zu tun, ist dokumentiert: „The Governing Council will do everything necessary within its mandate. The Governing Council is fully prepared to increase the size of its asset purchase programmes and adjust their composition, by as much as necessary and for as long as needed. It will explore all options and all contingencies to support the economy through this shock.“

### Weitere Maßnahmen auf europäischer Ebene

Am 18. März wurde eine Coronavirus Response Investment Initiative mit einem Umfang von 37 Milliarden Euro (aus dem EU-Haushalt knapp zehn Milliarden Euro an ungenutzten Strukturfondsmitteln, Ko-Finanzierung aus den Mitgliedstaaten) beschlossen. Auch mit diesen Mitteln sollen rasch Fördermaßnahmen auf den Weg gebracht werden können. Die entsprechenden Verordnungsentwürfe liegen bereits vor. Arbeitnehmer sollen zudem in den Genuss schnellerer Fördermaßnahmen über den EU-Solidaritätsfonds kommen können. Der Fonds wird für die derzeitigen Notsituationen genutzt werden können.



## Wirtschaftliche Auswirkungen Deutschland/Europa

Die harten gesundheitspolitischen Maßnahmen in den meisten europäischen Ländern werden zu einem Einbruch der Wirtschaftsaktivität im März, April und ggf. noch im Mai führen. Daher ist damit zu rechnen, dass in der EU und im Euroraum die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal leicht und im zweiten Quartal stärker als je zuvor zurückgehen wird. Die Bruttowertschöpfung in den direkt und indirekt stark betroffenen Dienstleistungsbranchen wird kurzfristig stark zurückgehen. Die Produktionsstopps in Industriebetrieben werden ebenfalls die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe stark beeinträchtigen. Es ist mit einem starken Rückgang des BIP im Euroraum im ersten und zweiten Quartal zu rechnen. Sollten die gesundheitlichen Maßnahmen rasch greifen und eine Rückkehr zu gering gestörter oder ungestörter wirtschaftlicher Aktivität im Laufe der Monate Mai und Juni möglich werden, dann könnte sich eine Erholung im zweiten Halbjahr einstellen. Für das Gesamtjahr ist jedoch mit einer schweren Rezession und einem erheblichen Rückgang der Wirtschaftsleistung zu rechnen.

Auch in Deutschland ist ein schwerer Einbruch der Wirtschaftsaktivität im ersten Halbjahr nicht mehr zu vermeiden. Insbesondere die Monate März und April dürften durch erhebliche Rückgänge der Wertschöpfung gekennzeichnet sein.

Sollte sich die Epidemie auch in Europa und anderen Weltregionen stärker ausbreiten und erst schwerer und später unter Kontrolle gebracht werden, ist mit noch kräftigeren Rückgängen zu rechnen.

Der Welthandel ist bereits massiv gestört und dürfte seine Talfahrt aus dem vierten Quartal des letzten Jahres im ersten Halbjahr fortsetzen. Angesichts der dynamischen Entwicklung in den gesundheitspolitischen Maßnahmen in Europa und den Vereinigten Staaten ist mit einem Rückgang des Welthandels in einer mittleren einstelligen Größenordnung im Jahresverlauf auszugehen. Sollten harte gesundheitspolitische Maßnahmen weit über Mitte April hinaus notwendig werden, sind stärkere Einbrüche zu erwarten.

Dies wird das ohnehin schwache Wachstum der weltweiten Investitionstätigkeit noch weiter schwächen. Entsprechend wird eine Erholung der weltweiten Industrieproduktion noch auf sich warten lassen. Es ist daher über Monate mit schwachen Einkaufsmanagerindizes und Auftragseingängen zu rechnen.

Die Regierungen und Notenbanken der G20 müssen sich dem stellen und durch gezieltes Handeln das Vertrauen der Wirtschaft, somit von privaten Haushalten und Unternehmen, angesichts der hohen Unsicherheit stabilisieren. Die chinesische Regierung hat bereits geld- und fiskalpolitische Stützungsmaßnahmen beschlossen. Japan wird sich gegen eine Rezession stemmen müssen.

In Europa sollten die Regierungen wirtschaftspolitisch eng zusammenarbeiten und gezielt auf mögliche Störungen in der Lieferkette und der Produktion durch Finanzinstrumente und Beschäftigungssicherung reagieren. Die Europäische Zentralbank hat eine Reihe sehr bedeutsamer und zielgenauer Maßnahmen beschlossen (siehe unten). Viele Mitgliedstaaten haben zudem erhebliche Stützungs- und Konjunkturmaßnahmen beschlossen, die sich bereits heute in einigen Ländern auf deutlich mehr als ein Prozent der Wirtschaftsleistung belaufen. Dies wird in wenigen Wochen noch erheblich aufgestockt werden. Weitere Stützungsmaßnahmen sind über den europäischen Haushalt und die Europäische Investitionsbank auf den Weg gebracht worden.

Die wirtschaftliche Aktivität sollte zudem durch höhere öffentliche Investitionen und stärkere Anreize für private Investitionen gestützt werden. Auch eine moderate Entlastung der privaten Haushalte kommt in Betracht, um den privaten Verbrauch zu stützen. Die Reaktion sollte dem Problem

angemessen sein und einen moderaten Impuls in den betroffenen Ländern geben. Dabei darf nicht die dauerhafte Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen gefährdet werden.

## Wirtschaftliche Auswirkungen auf einzelne Branchen

Bis zum Auftreten von Corona war das Verarbeitende Gewerbe auf dem Wege der Erholung. Stimmungsindikatoren wie der Einkaufsmanagerindex (PMI) und das Ifo-Geschäftsklima hatten im Herbst 2019 ihren Tiefpunkt durchschritten und wiesen eine aufsteigende Tendenz auf. Das Ifo-Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe war zuletzt sogar drei Monate in Folge gestiegen. Diese Entwicklung war zwar nicht in allen, aber bei einer Vielzahl von Branchen zu beobachten. Auf Basis der gesammelten Brancheneinschätzungen bis 17. März 2020 ist im laufenden Jahr mit einem Rückgang der Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in einer Größenordnung von fünf Prozent im Vergleich zum Vorjahr zu rechnen. Das wäre der stärkste Rückgang der Industrieproduktion seit dem Jahr 2009. Damals betrug das Minus 17,3 Prozent. Die Einbrüche in der Produktion des Verarbeitenden Gewerbes aufgrund der Corona-Epidemie können jedoch noch deutlich stärker ausfallen, wenn die gesundheitspolitischen Maßnahmen über die derzeit absehbare Phase von etwa vier Wochen hinaus weitergeführt werden müssen bzw. die Industrieunternehmen auch ohne behördliche Anweisungen zum Schutz ihrer Mitarbeiter die Produktion für mehrere Wochen einstellen. Insofern stellt die Einschätzung eine Schätzung anhand der aktuell verfügbaren Erkenntnisse zu gesundheitspolitischen und betrieblichen Maßnahmen dar.

### Automatenindustrie

Durch die deutschlandweite Schließung aller Spielhallen, Spielbanken und Wettannahmestellen ist die Produktion zum Erliegen gekommen und die gesamte deutsche Automatenbranche lahmgelegt. Das illegale Online-Glücksspiel aus dem Ausland verzeichnet schätzungsweise stattdessen Wachstumsraten von rund 50 Prozent.

### Automobilindustrie

Die Lage in der Automobilindustrie ist dramatisch. Durch die Ausbreitung des Virus in Europa und die damit verbunden umfangreichen Maßnahmen zur Eindämmung, kommt die Produktion der Automobilhersteller in ganz Europa zum Erliegen. Dies ist eine nie dagewesene Situation. Hersteller und Zulieferer stehen vor der großen Herausforderung, die Produktion geregelt zu drosseln. Die unübersichtliche Situation in den Lieferketten und die Geschwindigkeit sorgen für immense Kosten. Auch in den Vereinigten Staaten kam es zum Stillstand in den meisten Produktionsstätten. Die Produktionsstopps in Europa und den USA werden auch in weitere Regionen der Welt ausstrahlen. Eine außerordentlich große Herausforderung wird das Wiederanlaufen darstellen, da die Lieferketten in Europa auf den Binnenmarkt ausgerichtet sind und zurzeit ein koordiniertes Handeln in Europa kaum stattfindet.

Die Einschränkung des Handels, das Schließen zahlreicher Zulassungsbehörden, sowie die erwartete gesamtwirtschaftliche Rezession werden zu gravierenden Rückgängen auf den internationalen Automobilmärkten führen. Wie gravierend diese sein werden, ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht abzuschätzen. Einen Hinweis kann die Entwicklung in China geben: Laut der chinesischen Autohändlervereinigung ging der Absatz von PKWs im Februar im Vergleich zum Vorjahr um 80 Prozent zurück. Auch im März deutet alles auf einen weiteren kräftigen Rückgang hin. In Europa werden für den März und April ähnliche Entwicklungen erwartet. Inwiefern es im weiteren Jahresverlauf zu etwaigen Aufholeffekten kommen kann, ist nicht abzuschätzen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der Wiederanlauf der Produktion mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein dürfte.

Schon vor Corona waren die großen Pkw-Märkte von einer schwachen Dynamik geprägt, durch die aktuelle Entwicklung hat sich die Lage massiv verschärft. Hersteller und Zulieferer haben in den vergangenen Jahren massiv in den Transformationsprozess der Branche investiert. Die jetzige Situation mit drastischen Umsatzeinbrüchen in vielen Märkten gleichzeitig, führt zu akutem Handlungsbedarf.

Rückmeldungen aus den Unternehmen sehen die bisherigen Unterstützungsmaßnahmen der Regierung als wichtigen Schritt: Grundsätzlich sind die Liquiditätsmaßnahmen positiv zu sehen. Entscheidend ist nun aber eine rasche Umsetzung und ein unbürokratischer Zugang für die Unternehmen. Diese haben vereinzelt bereits mit der KfW Kontakt aufgenommen, können zum jetzigen Zeitpunkt aber noch nicht verlässlich abschätzen, ob die Maßnahmen wirklich so rasch helfen, wie es erforderlich ist. Das werden erst die nächsten Tage/Wochen zeigen. In der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 haben die Unternehmen die Erfahrung gesammelt, dass zwischen politischen Beschlüssen und praktischer Umsetzung doch wertvolle Zeit verloren gehen kann.

### **Chemieindustrie**

Die Chemische Industrie hat in der vergangenen Woche noch einen Rückgang der Produktion im Jahr 2020 um 1,5 Prozent prognostiziert. Zusammen mit Pharmazie-Produkten (plus 2,5 Prozent) ergibt sich Stagnation. Lieferkettenprobleme mit China waren begrenzt. Innerhalb Europas können sie noch auftreten (Italien). Das Hauptproblem für die produktionsschwäche ist eher nachfrageseitig zu sehen, da wichtige Kundenbranchen von der Corona-Pandemie betroffen sind.

Mit jedem Tag verschärfen sich die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Chemiebranche. Anfänglich waren nur die deutschen Chemieunternehmen, die in China produzieren direkt mit ihrer Vorort-Produktion von Produktionsbehinderungen und Nachfrageausfällen betroffen. An einigen Standorten wurde die Produktion gedrosselt. Dies hatte mehrere Gründe: Zum einen war die Nachfrage in China gesunken. Zum anderen waren industrielle Wertschöpfungsketten in China mit Zulieferern, Logistik, Verpackung und Versand beeinträchtigt. Auch die Beschränkungen für Reisen und Transporte zwischen einzelnen Provinzen führten zu Verzögerungen bei der Zulieferung von Vorprodukten, bei der Kundenbelieferung, zu Personalengpässen sowie zu höherer Lagerhaltung. Inzwischen wird die Produktion in China wieder hochgefahren. Allerdings kommt es immer noch zu Problemen – vor allem in der Logistik aufgrund fehlender Containerkapazitäten und Personal.

Die Chemie- und Pharmaunternehmen in Deutschland und Europa und die Produktion in Deutschland war zunächst nur in Einzelfällen durch fehlende Vorleistungen aus China in Mitleidenschaft gezogen worden. Die fehlende Nachfrage aus China fiel dagegen deutlich schneller und stärker ins Gewicht und bereitete den Unternehmen Sorgen.

Mit der zunehmenden Ausbreitung der Epidemie in Europa und den damit einhergehenden Maßnahmen zur Eindämmung des Virus hat sich die Lage täglich verschärft. Die Lieferketten innerhalb Europas sind stark vernetzt und Europa ist unser wichtigster Absatzmarkt. Produktionsausfälle, Transportbehinderungen und Nachfrageeinbrüche in Europa treffen die Produktion am Standort Deutschland damit umso härter.

Die Chemieindustrie liefert als Produzent von Vorleistungen Produkte in alle Branchen der Industrie. Rund 85 Prozent der Produktion geht in das Produzierende Gewerbe und die Landwirtschaft. Unsere Kundenbranchen sind unterschiedlich von der Epidemie betroffen, aber keine Branche ist von den Einschränkungen durch die Epidemie ausgenommen.

Die Ankündigung der Automobilindustrie, ihre Produktion an den Standorten in Europa vorübergehend zu schließen, hat massive Auswirkungen auf die Zuliefererindustrien – darunter auch die Chemie. Die direkten Lieferungen an die Automobilindustrie liegen mit rund 5 Prozent der Produktion zwar vergleichsweise niedrig. Allerdings umfasst diese Zahl auch nur die direkten Lieferungen. Die Produkte gehen aber über die Kunden in die Automobilindustrie (indirekte Lieferungen durch: Kunststoffverarbeitung, Metallverarbeitung, Textilindustrie, Elektroindustrie, Maschinenbau). So dass man für die Branche insgesamt von einer Abhängigkeit von der Automobilindustrie von mindestens 15 Prozent ausgehen kann. Fahren die Weiterverarbeiter ihre Produktion aufgrund des Produktionsstopps in der Automobilindustrie herunter, führt das direkt zu Nachfrageausfällen in der Branche. Noch ist offen wie unmittelbar die Zulieferer vom beschlossenen Stopp betroffen sein werden. Teilweise wird noch weiterproduziert werden können, da die Produktion entweder von der Automobilindustrie noch abgenommen wird bzw. auf Lager gelegt wird, um nach dem Stopp ausgeliefert zu werden.

Die Produktion wird aber nicht nur von Seiten der fehlenden Nachfrage immer schwieriger. Fehlende Arbeitskräfte (entweder aufgrund von Krankheit, Quarantänemaßnahmen, weil der Schutz nicht gewährleistet werden kann oder wegen familiärer Verpflichtungen) machen die Produktion ebenfalls immer unsicherer. Weitere Produktionsstopps wie jetzt in der Automobilindustrie sind letztendlich in allen Branchen und Unternehmen denkbar. Aus der Chemieindustrie haben wir bisher noch keine Nachrichten von geplanten Stilllegungen gehört. Die großen Chemieanlagen können auch nicht ohne weiteres „abgeschaltet“ werden und sind auch mit relativ wenig Personal und mit den benötigten Schutzmaßnahmen zu betreiben. Zudem werden Chemieprodukte in vielen Bereichen, die für die Versorgung der Bevölkerung wichtig sind, benötigt (Pharmavorprodukte, Desinfektionsmittel, Schutzkleidung, Zulieferungen für den Agrarbereich, die Nahrungsmittelindustrie, die Verpackungsindustrie), so dass eine Abschaltung in der jetzigen Lage kontraproduktiv wäre.

Ebenso herausfordernd bleibt die Logistik – sowohl innerhalb eines Landes als auch über die Landesgrenzen hinweg. Vorprodukte erhält die Chemie zu einem großen Teil über die Schiene, den Schiffsweg bzw. per Pipeline. Diese Wege sind bisher weniger von Transportbehinderungen betroffen. Der weitere Transport der Produkte erfolgt allerdings über die Straße. Warenlieferungen sind zwar von den Beschränkungen an den Grenzen ausgenommen, aber es wurden bereits erste Engpässe aufgrund fehlender LKW-Fahrer vermeldet. Auch hier wird die Situation von Tag zu Tag angespannter.

Schließlich müssen die pandemie-bekämpfenden Maßnahmen der Bundesregierung und der Europäischen Kommission mit Augenmerk, flexibel und im Dialog mit den Betroffenen ausgestaltet und umgesetzt und die Umsetzung bisheriger Regelungen mit gewisser Flexibilität gehandhabt werden, damit zum Beispiel die fehlende Verfügbarkeit von Schutzausrüstungen aufgrund von Regulierungen, zu rigorose Einschränkungen des Grenzverkehrs oder Rohstoffengpässe nicht die Produktion oder in Lieferketten in Europa unnötig und ungewollt behindern.

Die chemische Industrie umfasst als Enabler aller Wertschöpfungsketten nicht nur die Produktion von chemischen Erzeugnissen, sondern auch von Pharmazeutika, Pharmavorprodukten, Diagnostika, Desinfektionsmitteln, Seifen und Material für medizinische Ausrüstungen (Schutzkleidung, Masken). Eine reibungslose Produktion muss deshalb dringend gewahrt bleiben

### **Elektrotechnik- und Elektronikindustrie**

Die deutsche Elektroindustrie ist von der Corona-Krise doppelseitig betroffen – auf der Nachfrage- und auf der Angebotsseite. China allein ist der größte Exportabnehmer. 2019 beliefen sich die Branchenausfuhren dorthin auf 21,9 Milliarden Euro und damit auf ein Zehntel der gesamten Exporte. Gleichzeitig ist die Volksrepublik der mit Abstand größte ausländische Lieferant für den deutschen Elektromarkt. Mit 53,7 Milliarden Euro liegen die Einfuhren deutlich höher als die Ausfuhren. Mehr als

ein Viertel aller Elektroimporte nach Deutschland stammen aus China. Ein bedeutender Teil davon – gut zehn Milliarden Euro – entfällt auf Vorleistungen und ist somit höchst relevant für die Liefer- und Produktionsketten. Schließlich ist China der zweitgrößte ausländische Investitionsstandort der deutschen Elektroindustrie.

Mit jeweils plus vier Prozent sind im vergangenen Jahr sowohl das Wachstum der deutschen Elektroexporte nach China als auch das der Elektroimporte aus China nach Deutschland vergleichsweise gering ausgefallen. Die Auswirkungen des Coronavirus werden die Wachstumsraten demnächst nicht nur weiter schmälern, sondern wohl auch empfindlich ins Negative drücken.

Einer Konjunkturumfrage des ZVEI von März 2020 zufolge, berichten inzwischen etliche Unternehmen der Elektroindustrie von Umsatzrückgängen aufgrund des Coronavirus. Bei mehr als einem Zehntel resultieren diese vor allem aus Problemen in der Lieferkette, bei ca. 40 Prozent aus rückläufiger Nachfrage und bei der Hälfte aus beidem. Die im bisherigen Jahresverlauf aufgelaufenen Umsatzeinbußen dürften bis zum Jahresende noch größer werden.

### **Erdgas- und Erdölindustrie**

Auswirkungen auf die Produktion in China sind bisher nicht bekannt. China ist zwar ein veritabler Erdölproduzent, in erster Linie aber ein Importeur von Erdöl und Erdgas. Daher konzentrieren sich die globalen Auswirkungen vor allem auf den chinesischen Energieverbrauch. Durch Produktionsausfälle insb. in energieintensiven Industrien sinkt die chinesische Nachfrage nach Importen. Der daraus resultierende Druck auf die Spotpreise auf dem Weltmarkt ist bereits sichtbar. Konkret sorgt z. B. in Deutschland aber auch der warme Winter für zusätzlichen Druck auf die Preise. Verbraucher, die kurzfristig Erdgas einkaufen oder ihre Einkaufspreise an die Spotpreise gebunden haben, sind damit die „Gewinner“. Sollte sich aus dem Corona-Virus ein Langfristtrend für die Preise ergeben, würde das die Wirtschaftlichkeit von einer Reihe von Produktionsstätten in Frage stellen – aber ein solcher Langfristtrend ist aktuell nicht zu sehen.

### **IT und Telekommunikations-Industrie**

Die Epidemie des Coronavirus in China trifft auch in Deutschland viele Unternehmen der IT- und Telekommunikationsbranche. Laut einer nicht repräsentativen Branchen-Umfrage, die BITKOM am 19. Februar veröffentlicht hatte, erwartet jedes vierte Unternehmen (25 Prozent) negative Auswirkungen auf das eigene Geschäftsergebnis in 2020 und jedes Zweite (54 Prozent) sieht erhebliche Konjunkturrisiken für die deutsche Wirtschaft. Weitere Ergebnisse der Umfrage belegen, dass die Ausbreitung des Coronavirus in vielen Unternehmen zu Einschränkungen führt. Drei von zehn (30 Prozent) haben die Reisetätigkeit von Mitarbeitern nach China komplett eingestellt oder zumindest eingeschränkt. Jedes Dritte (34 Prozent) lässt seine Mitarbeiter gar nicht mehr oder nur noch eingeschränkt an Großereignissen wie Messen teilnehmen.

### **Keramikindustrie**

Viele Unternehmen der keramischen Industrie sind von den Auswirkungen der Pandemie stark betroffen. Aufträge aus China wurden storniert, auch das USA-Geschäft ist eingebrochen. Wo Aufträge noch abgewickelt werden sollen, gibt es erhebliche Schwierigkeiten die Fracht zu versenden. Die aktuelle Krisensituation führt dazu, dass beispielsweise das Projektgeschäft der Geschirrhersteller massiv rückläufig ist. Im Bereich der Technischen Keramik sind die Unternehmen zum Teil von der Entwicklung in anderen Branchen abhängig (Automobil, Chemie, Elektro...). Automobilzulieferer der keramischen Industrie waren bereits vor dem Ausbruch des Coronavirus von Auftragsrückgängen betroffen, dies hat sich nun verschärft.

## Mobilität und Logistik

The International Air Transport Association (IATA) erwartet wegen des Coronavirus-Ausbruchs in China weltweit einen Ertragsverlust von 113 Milliarden USD (Stand 5. März). Seit Ende Januar wurden weltweit bereits mehr als 185.000 Passagierflüge gestrichen. Nach Verkündung des Einreise-Verbots für EU-Bürger in die USA, aber auch Indien, Südamerika sind weitere drastische Reduktionen zu erwarten: Der Amerika-Verkehr steht bei den Lufthansa-Netzgesellschaften für 12 Prozent der Passagiere, aber 37 Prozent der Verkehrsleistung (Personenkilometer) und 33 Prozent der Flugumsätze. Vom Travel-Bann der USA sind ca. 1.600 Flüge des Lufthansa-Konzern betroffen. Mit Stand vom 17. März fliegen nur noch ca. 10 Prozent der Langstrecken und 20 Prozent der Kurzstrecken. Mehrere Fluggesellschaften, wie Lot, Air Baltic, SAS (weitgehend), Austrian, Laudamotion und Brussels Airlines, stellen ihren Betrieb komplett ein.

Drastische Rückgänge an allen Flughäfen in Deutschland von 20 bis 40 Prozent im Wochentags-Vergleich verzeichnen sich seit Beginn des März. 2019 verzeichneten die deutschen Flughäfen eine Nachfrage von 19,1 Millionen Passagieren im März und von 20,1 Millionen im April. Die Flughäfen in Frankfurt und Hamburg verzeichneten bereits letzte Woche einen Rückgang der Nachfrage von mehr als 40 Prozent. Mit der Aussetzung der 80/20 Slot-Regel wird die Anzahl der Flüge weiter stark nach unten angepasst. Viele Flughäfen bereiten aktuell die Einführung von Kurzarbeit vor. Die Sicherung der Liquidität ist dabei zweites oberstes Ziel.

## Maschinen- und Anlagenbau

Laut einer aktuellen Blitzumfrage des VDMA spüren bereits etwa 60 Prozent der Maschinenbauer Beeinträchtigungen in geringem bis mittlerem Umfang, alle Fachverbände sind betroffen. Störungen liegen besonders in den Lieferländern China und Italien vor. Über 75 Prozent der Unternehmen, in denen der Ablauf noch reibungslos funktioniert, erwarten Störungen in den nächsten 3 Monaten. Störungen können nur teilweise durch alternative Lieferanten abgewendet werden. Die Verunsicherung der Branche ist greifbar. Über 45 Prozent der Unternehmen, die Umsatzeinbußen erwarten, rechnen mit drastischen Umsatzeinbrüchen (> 10 Prozent). Mehr als 45 Prozent der Maschinenbauer haben bereits Kapazitätsanpassungen vorgenommen, überwiegend über das Arbeitszeitkonto, aber auch durch Kurzarbeit; Personalabbau wird zunehmend zum Thema. Die Hälfte der Unternehmen erwägt eine Kürzung ihrer Investitionsvorhaben für 2020. Bereits 2019 war ein bescheidenes Jahr, die Weltkonjunktur hatte sich deutlich abgekühlt. Strukturelle Umbrüche belasteten das Geschäft zusätzlich. Die Maschinenproduktion verfehlte das 2018er Niveau real um 2,8 Prozent. Die Kapazitätsauslastung lag im Januar bei 84,1 Prozent und 36 Prozent alle Unternehmen litten unter Auftragsmangel. In dieser Situation kommt nun die Corona-Krise dazu. Die Nachfrageseite wird zumindest kurzfristig für gewaltige Probleme sorgen. Aber auch die Angebotsseite ist durch gerissene und noch reißen Lieferketten beeinträchtigt. Der VDMA hat seine Produktionsprognose vom Herbst 2019 für 2020 daher von minus 2 auf minus 5 Prozent nach unten revidiert. Hierbei ist unterstellt, dass sich die durch das Virus verursachten wirtschaftlichen Auswirkungen schwerpunktmäßig auf das erste Halbjahr beschränken, was allerdings zunehmend unwahrscheinlich wird.

Die Unternehmen des Maschinen- und Anlagenbaus benötigen akut genügend Liquidität, um die direkten und indirekten Folgen der Pandemie bewältigen und die Zeit bis zum Wiederanspringen der Nachfrage überbrücken zu können. Um die Versorgungslage der Bevölkerung in der Corona-Krise sicherzustellen und den volkswirtschaftlichen Schaden möglichst gering zu halten, müssen die wirtschaftlichen Aktivitäten soweit wie möglich – und gesundheitspolitisch verantwortlich – aufrechterhalten werden. Zudem gilt es das erwartbare Wiederanspringen der Nachfrage dann optimal zu flankieren und zu beschleunigen. Es braucht jetzt den Blick auf das Aktuelle, ohne den Blick nach vorne zu vergessen.

## Nichteisen-Metallindustrie

Die konjunkturelle Lage der Nichteisen (NE)-Metallindustrie trübt sich ein. Eine Mitgliederumfrage der Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVMetalle) ergab Ende vergangener Woche, dass jedes zweite Unternehmen der Branche mit Lieferengpässen und Absatzeinbußen rechnet. Die Branche rechnet mit erheblichen Beeinträchtigungen in der Lieferkette und starken Auswirkungen auf den Absatzmarkt. Etwa zwei Drittel der befragten Unternehmen erwarten in naher Zukunft Lieferengpässe. Engpässe bei sonstigen Zulieferungen werden doppelt so oft wie bei Rohstoffen genannt. Darin kommt die enge Verflechtung der gesamten industriellen Lieferkette mit China zum Ausdruck. Für den Produktabsatz rechnet knapp die Hälfte der Befragten mit negativen Auswirkungen; etwa jeder Zehnte geht mittelfristig von einem geringeren Absatz aus. Da etwa 30 Prozent der NE-Metall-Produkte in den Transportbereich fließen, werden sich die Werksstilllegungen in der Automobilindustrie unmittelbar auf den Absatz auswirken.

## Papierindustrie

Die deutsche Papierindustrie leistet in der gegenwärtigen Corona-Epidemie einen elementaren Beitrag zur Versorgung der Bevölkerung. So sind Verpackungen - und deren eindeutige Kennzeichnung durch Etiketten - ein unverzichtbarer Bestandteil der Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Waren des täglichen Bedarfs. Darüber hinaus werden in den Papierfabriken Hygienepapiere produziert, die zur Sicherstellung der Hygiene in medizinischen Einrichtungen und Krankenhäusern sowie im privaten und gewerblichen Bereich unverzichtbar sind. Des Weiteren sind Publikationspapiere und insbesondere Zeitungsdruckpapier notwendige Grundlage für die Information vor allem der älteren Bevölkerung, die keinen Zugang zu digitalen Medien haben. Die Zuordnung einzelner Branchen bzw. Berufsgruppen zur Kritischen Infrastruktur wird in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich gehandhabt. Der Verband deutscher Papierfabriken e. V. (VDP) ist der Auffassung, dass die Produzenten von Verpackungs- und Hygienepapieren systemrelevant sind und zur Kritischen Infrastruktur gehören. Die Bundesregierung sollte daher dafür Sorge tragen, dass die Produktion von Verpackungs- und Hygienepapieren bundesweit einheitlich in die Ausnahmekataloge zur kritischen Infrastruktur einbezogen wird.

Große Sorge bereitet derzeit die Situation in Italien. Nach Informationen aus dem Mitgliederkreis plant die dortige Regierung, dem Vernehmen nach, die Schließung für zahlreiche Industrien. Ausnahmen soll es wohl im Bereich Energie sowie Pharma geben. Für die Herstellung von Hygienepapieren, wie Taschentücher, Papierhandtücher etc. werden sogenannte Nassfestmittel (z.B. Polyamidoaminepichlohydrin) eingesetzt, um die entsprechend notwendigen Gebrauchseigenschaften zu erzeugen. Diese Nassfestmittel werden u.a. auch in Italien hergestellt und von deutschen Papierfabriken eingesetzt. Falls tatsächlich eine Stilllegung bestimmter Produktionsbereiche vorgesehen ist, sollte sich die Bundesregierung, bei den italienischen Behörden dafür einsetzen, dass sowohl die Produktion als auch der Transport der Rohstoffe weiterhin gewährleistet sind und ggf. Ausnahmegenehmigungen für die entsprechenden Produkte erteilt werden. Die Herstellung und Lieferung dieser Rohmaterialien ist sehr wichtig für die Erhaltung des Hygienestandards der Bevölkerung in Deutschland.

Angesichts der gerade angeordneten Grenzsicherungen Deutschlands zu verschiedenen Nachbarländern muss dafür Sorge getragen werden, dass der freie Verkehr von Waren in Europa nach wie vor gewährleistet ist. Das ist die Grundvoraussetzung für die Produktion und sichere Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Produkten. Hierbei sollten zeitaufwändige Grenzkontrollen auf das notwendigste reduziert werden. Dem Güterverkehr sollte Vorrang eingeräumt werden, z.B. durch die Einrichtung spezieller Fahrspuren. Derzeit beobachten wir massive Staus und

Beeinträchtigungen von Logistikketten, insbesondere an den Grenzen zu Polen und Frankreich sowie im Bereich des Brenners.

Die Situation bzgl. der Versorgung mit Rohstoffen, insbesondere Spezialchemikalien aus China hat sich etwas entspannt. Die Fabriken in China haben ihre Produktion zu ca. 60 bis 70 Prozent wieder aufgenommen. Der Transport der Ware nach Deutschland läuft allerdings immer noch nicht ohne Probleme. Hier ist die Priorisierung wichtiger Rohstoffe nach wie vor zu fordern.

### **Industrielle Gesundheitswirtschaft (iGW)**

Die Europäische Union hat als Schutzmaßnahme gegen die Corona-Krise die Ausfuhr persönlicher Schutzausrüstung (PSA) unter Genehmigungsvorbehalt gestellt. Die entsprechende Durchführungsverordnung (EU) 2020/402 ist am 16. März 2020 in Kraft getreten und ersetzt die am 04. März verhängten Ausfuhrverbote der Bundesregierung.

Das bedeutet: Für den Export aus der EU heraus müssen nun Anträge gestellt werden. Dies stellt viele deutsche Unternehmen auch nach Aufhebung des nationalen Ausfuhrverbots vor erhebliche Probleme: Sie betreiben eine zentrale Beschaffung von PSA für Mitarbeiter nicht nur in Deutschland und Europa, sondern sogar weltweit. Neben den Herstellern von PSA sind auch weitere Branchenbereiche der iGW betroffen, die Schutzausrüstungen für die Einhaltung von Hygiene und Qualitätsstandards in der Produktion von u.a. Medizinprodukten, Biotechnologieerzeugnissen und Arzneimitteln benötigen. Die europäischen PSA-Ausfuhrrestriktionen können somit Produktions- und Versorgungsengpässe von lebenswichtigen Produkten in Deutschland und Europa verschärfen.

Unklar ist auch weiterhin, auf welcher statistischen Grundlage der Mangel an Schutzausrüstungen in Deutschland und Europa bemessen wird und ab wann die Exportbeschränkungen aufgehoben werden. Vor dem Hintergrund deutlich gesteigerter Produktionskapazitäten und einer sich abzeichnenden Entspannung bei der Versorgung medizinischer Einrichtungen mit Schutzmaterial sollte die Ausfuhr von PSA für den Einsatz in der Produktion von der EU-Verordnung 2020/402 explizit befreit werden. So hat die Kassenärztliche Bundesvereinigung in einer Pressemitteilung vom 19.03. eine „vorsichtigen Entwarnung“ bzgl. des Mangels an PSA bei niedergelassenen Ärzten gegeben.

Davon abgesehen sind im Bereich der forschenden Pharma-Industrie weiterhin keine Auswirkungen auf die Versorgungssicherheit bei Medikamenten in Deutschland zu erwarten. Es gibt nur wenige Produktionsstätten in China. Patentgeschützte Arzneimittel werden überwiegend in Deutschland, den USA und der Schweiz produziert. Deshalb werden viele patentgeschützte Arzneimittel aus Deutschland nach China exportiert, während der umgekehrte Fall selten ist.

Auswirkungen auf die Versorgung mit Arzneimitteln in Europa sind allenfalls zu erwarten, sollte die Corona-Krise über die nächsten Monate auf einem hohen Neuinfektions-Niveau mit steigenden Einschränkungen des Güterverkehrs andauern. Deutsche Hersteller von Generika beziehen den Großteil der Wirk- und Trägerstoffe aus China und Indien. Derzeit könne die Versorgung noch durch Lagerbestände kompensiert werden, doch wenn sich die Situation in den chinesischen Produktionsstätten nicht entspannt, könnte es für einzelne Generika Engpässe in der EU geben.

### **Holzwerkstoffindustrie**

Die Holzwerkstoffindustrie leistet in der Coronakrise mit dem Weiterfahren der Betriebe einen gesellschaftlichen Beitrag. Solange Mitarbeiter nicht gefährdet sind, hält die Holzwerkstoffindustrie daher den Wirtschaftskreislauf und damit die wirtschaftliche Lebensgrundlage der Gesellschaft aufrecht. Die Unternehmen der Holzwerkstoffindustrie stehen in der Krise an der Seite der Politik, um



Infektionsketten zu unterbrechen und zugleich die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaft einschließlich der von der Holzwerkstoffindustrie abhängigen Produktionsbetriebe aufrecht zu erhalten.

### **Schmuck- und Uhrenindustrie**

Produktion und Absatz der deutschen Schmuck- und Uhrenindustrie werden durch die Ausbreitung des Coronavirus sowohl in China und als auch in Europa stark beeinträchtigt. Chinesische Kunden sind als Zielgruppe für die deutsche Schmuck- und Uhrenindustrie enorm wichtig. Sie sind für rund ein Drittel des Umsatzes im Luxusgütersegment verantwortlich. Bereits im vergangenen Jahr stand die Branche unter Druck, als der Uhrenexport nach China einschließlich Hong Kong um über ein Fünftel zurückging.

Je nach Marke kann der Markt in China und Hong Kong einen hohen zweistelligen Prozentsatz ausmachen. Doch Verkauf und Konsum vor Ort sind bei den größeren Luxusmarken nahezu zum Erliegen gekommen. Die hauseigenen Boutiquen in den Kaufhäusern der großen Städte sind teilweise seit Wochen geschlossen. Darüber hinaus stellen die Produktionsengpässe in China im Zusammenhang mit dem Coronavirus für die Schmuck- und Uhrenindustrie ein großes Problem dar, asiatische Standorte in bestimmten Segmenten teilweise seit Jahrzehnten Zulieferteile und ganze Produkte fertigen,

Auch die Verschärfung der Krise in Italien macht sich negativ bemerkbar. Das Zentrum der Schmuckproduktion in und um Vicenza liegt im Epizentrum der italienischen Corona-Epidemie. Die Branche wird dadurch hart getroffen, denn die Beziehungen zwischen dem deutschen Hauptstandort Pforzheim und Vicenza sind traditionell sehr eng.

Die Schmuck- und Uhrenindustrie ist darüber hinaus sehr stark auf einen ganzjährigen Zyklus weltweiter Fachmessen ausgerichtet. Die wichtigsten Termine in Europa wurden in den vergangenen Tagen abgesagt oder verschoben. So wird der Genfer Uhrensalon Anfang April nicht stattfinden. Die weltweit wichtigste Uhrenmesse „Baselworld“ war für Anfang Mai geplant und ist auf Januar 2021 verschoben worden. Die für März in Hong Kong angekündigte Messe ist in den Mai verlegt worden. Der Termin ist aber für die meisten Unternehmen nicht realisierbar, da die Firmenvertreter befürchten müssen bei der Einreise in die USA für die daran anschließende Messe in Las Vegas – die wichtigste Branchenveranstaltung auf dem amerikanischen Kontinent – Schwierigkeiten zu bekommen. Die darauffolgende Juni Messe in Hong Kong ist ebenfalls bereits gefährdet. Die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Branche sind damit derzeit nicht kalkulierbar.

### **Textil- und Modeindustrie**

Durch die internationalen Lieferketten ausgehend von China war die Textil- und Modeindustrie von Beginn der Krise an mit am stärksten betroffen. Ausbleibende Kunden und geschlossene Läden werden zum Problem der Branche. Durch die nun ausbleibende Kundenfrequenz im Handel, werden die Umsätze dramatisch einbrechen, eine Insolvenzwellen wird die Folge sein.

Textile Produkte sind hoch komplex, die textile Produktions- und Lieferkette ist global verzweigt und äußerst vielschichtig. Ein einzelnes Textilprodukt kommt nicht aus einer einzelnen Fabrik oder aus einem Land, sondern stellt ein globales Produkt dar. Vom Baumwollfeld bis zum Kleiderbügel – bereits ein einfaches Herrenoberhemd durchläuft hierfür einschließlich der Logistik rund 140 Produktions- und Lieferstufen, an denen unterschiedliche Unternehmen aus verschiedenen Ländern weltweit beteiligt sind: Baumwollanbau, Vermischung und Verkauf der Ernte auf Baumwollbörsen in Indien, Garnherstellung in Südkorea, Stoffweben in Kambodscha, Konfektion in China, Knöpfe aus Rumänien,

Nähgarn aus Myanmar, chemische Stoffe für Veredelungsprozesse aus Frankreich, Veredelungen in Pakistan und Indien, Etikettierung in Deutschland, Verkauf in Europa, Asien und USA usw.

Den Zahlen des Statistischen Bundesamtes nach ist China mit Importen von knapp 10,6 Milliarden Euro für Deutschland ein wichtiges Lieferland für Textil und Mode. Mit einem Zuwachs von 2 Prozent, das entspricht 200 Millionen Euro in 2019, liegt China weiterhin unangefochten an der Spitze der wichtigsten Importländer. Bangladesch hat sein Wachstum verlangsamt, zeigt sich jedoch mit 5,6 Milliarden Euro stabil auf Platz 2 der Importstatistik. Die Türkei findet sich mit einem leichten Minus auf Platz 3. Dahinter kommen Italien, Indien, Vietnam, Kambodscha, Pakistan, Niederlande und erstmalig auf Rang 10 ist Polen unter den Top Ten dabei. Insgesamt ist der für die Branche wichtigste Wirtschaftsraum jedoch nicht China, sondern die EU. Aus allen EU-Ländern bezog Deutschland Textil- und Bekleidungswaren mit einem Wert von 12,5 Milliarden Euro.

Die Textil- und Modeindustrie ist auch auf der Absatzseite stark betroffen: ausbleibende und verspätete Warenlieferungen führen zu erheblichen Absatzschwierigkeiten. Was nicht ankommt, kann schließlich nicht verkauft werden und die Einnahmen fehlen am Ende in der Kasse.

China ist als Produktionsland für die Textil-, Mode- und Schuhindustrie kurz oder mittelfristig nicht zu ersetzen, ganz besonders nicht durch Ersatzlösungen, die nun gesucht werden. Sicherlich werden aber einige Unternehmen für die Zukunft überlegen, wie sie ihre hochentwickelte Lieferketten unempfindlicher gestalten können.

## Internationale Lage

### China

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte auf das Wachstum in China sind deutlich zu spüren und dürften im ersten Quartal massiv sein. Chinesische Experten gehen davon aus, dass die Wirtschaft des Landes im 1. Quartal 2020 ein negatives Wachstum hinnehmen muss. Die chinesische Regierung hatte ursprünglich für 2020 ein Wachstumsziel von "um die sechs Prozent" vorgegeben. Die OECD rechnet in ihrer jüngsten Einschätzung vom 2. März nur noch mit einem BIP-Anstieg in China von 4,9 Prozent. Für 2021 wird allerdings ein Rebound von 6,4 Prozent prognostiziert.

Im Januar und Februar gingen die chinesischen Exporte im Jahresvergleich um 17,2 Prozent zurück. Die Importe fielen weniger stark um 4 Prozent. Das Land verzeichnete in diesem Zeitraum ein Handelsbilanzdefizit von mehr als 7 Milliarden US-Dollar. In Chinas Industrie ist die Stimmung mittlerweile auf ein Rekordtief gesunken. Wie das Pekinger Statistikamt mitteilte, fiel der offizielle Einkaufsmanagerindex (PMI) des herstellenden Gewerbes im Februar auf 35,7 Punkte, den niedrigsten bisher gemessenen Wert. Das vorherige Rekordtief war im November 2008 während der globalen Finanzkrise gemessen worden. Werte über der kritischen Grenze von 50 Punkten deuten auf eine positive Stimmung in der Wirtschaft hin, während darunter von einem Abschwung auszugehen ist. Die chinesische Regierung hat mit Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur reagiert. Die Zentralbank hat einen Sonderkreditrahmen in Höhe von 300 Milliarden RMB eingerichtet, über den die Geschäftsbanken an betroffene Unternehmen vergünstigte Kredite (bis zu 200 Basispunkte unter der einjährigen Loan Prime Rate) vergeben sollen. Lokale Behörden haben in den Bereichen Sozialversicherung, Steuern und Abgaben mit Blick auf kleine und mittlere Unternehmen, die besonders unter finanziellem Druck stehen, verschiedene Erleichterungen und Stützungsmaßnahmen eingeführt. Es ist damit zu rechnen, dass die Maßnahmen gegen Corona zu einer deutlichen Zunahme der Verschuldung der öffentlichen Haushalte in China beitragen wird.

Viele Unternehmen in China fragen sich derzeit, inwiefern „Force-Majeure-Klauseln“ bei der Nicht-Einhaltung von Vertragsverpflichtungen in Bezug auf die Virusepidemie geltend gemacht werden können. Laut Bundesregierung lässt sich dies nur im Einzelfall, anhand der jeweiligen vertraglichen Force-Majeure-Regelungen beurteilen. Da es keine allgemeine Reisewarnung der Bundesregierung für die VR China, sondern nur für die Provinz Hubei gibt, kann diese nicht für Flugausfälle u. ä. geltend gemacht werden. Zu bedenken bleibt auch, dass man ggfs. nach der aktuellen Epidemie mit den bisherigen Partnern weiterhin kooperieren möchte. Die Anwendung der Force-Majeure-Klausel sollte daher für jeden Einzelfall genau geprüft werden.

Die deutsche und europäische Handelskammer in China erklärten im Zuge ihrer Blitzumfrage vom 27. Februar: «Die Auswirkungen sind insgesamt schlimm». Fast 90 Prozent der teilnehmenden Unternehmen berichteten von «mittelschweren bis starken Auswirkungen» durch die Lungenkrankheit. Wegen der Krise erwarte fast jedes zweite Unternehmen einen zweistelligen prozentualen Einbruch der Einnahmen in der ersten Hälfte des Jahres - ein Viertel rechne sogar mit mehr als 20 Prozent Rückgang. Ein gutes Drittel hat demnach schon Probleme mit seinen Finanzströmen.

Viele Unternehmen können derzeit ihre Produktion nur eingeschränkt wieder anlaufen lassen. Zum einen sind noch nicht alle Arbeiter wieder an ihren Arbeitsplatz zurückgekehrt, was durch entsprechende Quarantänenvorschriften nur eingeschränkt möglich ist. Es gibt auch immer wieder Engpässe in der Logistik, seien es fehlende Vorprodukte, oder eingeschränkte Möglichkeiten, die produzierte Ware an den Bestimmungsort zu bringen. Die Rückkehrquote der Mitarbeiter schwankte dabei in der ersten Woche nach dem Frühlingsfest zwischen 10 und 80 Prozent. Einen weiteren Engpass stellt die Logistik dar. Die regional oft unterschiedlichen Maßnahmen behindern den Transport von Materialien und die Auslieferung der Produkte zusätzlich.

## USA

Der US-Kongress und die Trump-Administration haben mehrere Notfallpakete auf den Weg gebracht, um den wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus' entgegenzutreten:

*Paket I:* Am 5. März 2020 verabschiedete der US-Kongress mit überparteilicher Unterstützung ein Notfallpaket in einem Volumen von acht Milliarden US-Dollar. Schwerpunkt sind Mittel für Forschung und Entwicklung eines Impfstoffes.

*Paket II:* Der US-Senat stimmte am 18. März 2020 der Vorlage aus dem Repräsentantenhaus zu, mit mehreren Milliarden US-Dollar die wirtschaftlichen Auswirkungen des Coronavirus abzufedern. Hierzu gehören unter anderem bezahlte Freistellung bei Krankheit, kostenlose Tests auf Corona, Lebensmittelversorgung, Arbeitslosenversicherung und die Möglichkeit, Steuerschulden später zu zahlen. Das genaue finanzielle Volumen des Pakets wird aktuell noch durch das Haushaltsbüro (CBO) berechnet, es wird jedoch auf 300 bis 500 Milliarden US-Dollar geschätzt.<sup>1</sup>

*Paket III (in Diskussion):* Derzeit arbeitet die Trump-Administration, insbesondere vertreten durch Finanzminister Mnuchin, mit dem US-Kongress an einem 800 bis 1200 Milliarden US-Dollar umfassenden weiteren Stimulus-Paket. Dies könnte darauf hindeuten, dass die Administration von einer länger anhaltenden Krise ausgeht. Laut US-Finanzministerium sind vorgesehen:

- 300 Milliarden US-Dollar für kleine und mittelständische Unternehmen
- 50 Milliarden Dollar für die Luftfahrt

---

<sup>1</sup> DB Research, COVID-19: List of monetary and fiscal policy responses by G20 economies, 19.03.2020.

- 150 Milliarden US-Dollar für andere belastete Wirtschaftssektoren
- 2 Mal 250 Milliarden US-Dollar für Direktzahlungen an US-Bürger, Anfang April und Mitte Mai 2020.

Die Trump-Administration ist in Haushaltsfragen auf die Zustimmung des Kongresses und damit auch der Demokraten angewiesen. Daher wird das letztlich verabschiedete Paket nur bedingt den Vorstellungen der Administration entsprechen und stark durch demokratische Politikprioritäten mitbestimmt sein. Zum Inhalt des Pakets gilt daher: Es ist nichts sicher, bis nicht das Gesamtpaket durch beide Kammern des Kongresses verabschiedet wurde.

### **Indien**

Der indische Industrieverband CII rechnet mit gravierenden negativen Auswirkungen in Indien in den Sektoren Schifffahrt, pharmazeutische Industrie, Automobilindustrie, Mobilfunk, Elektronik und Textilien. Darüber hinaus wird mit einer Unterbrechung der Lieferkette in mehreren Industriebranchen gerechnet. Aus Furcht vor den Folgen der Infektion hat Indien den Export bestimmter Medikamente und Inhaltsstoffe untersagt. Betroffen ist u. a. die Herstellung von Paracetamol. Experten warnen vor Preissteigerungen und Versorgungsengpässen.

### **Japan**

Eine vom japanischen Premierminister Shinzo Abe eingesetzte Task Force hat am 10. März, ein Paket von 430 Milliarden Yen (4,1 Milliarden Dollar) verabschiedet. Neben anderen Hilfsmaßnahmen umfasst das Paket auch Subventionen für Eltern, die aufgrund von Schulschließungen freigestellt werden müssen, Mittel für die Entwicklung von Virus-Impfstoffen und Testkits sowie für die zusätzliche Produktion von Schutzmasken und das Verbot ihres Weiterverkaufs. Veranstaltungen sind bis auf weiteres landesweit abgesagt. Der Plan sieht auch Unterstützung für Krankenhäuser vor, um sich auf einen möglichen Anstieg der Patientenzahlen in den kommenden Wochen vorzubereiten. Das Geschäftsklima unter den Arbeitnehmern hat sich im Februar aufgrund der wachsenden Besorgnis über den neuen Coronavirus-Ausbruch auf den negativsten Stand seit fast neun Jahren verschlechtert, wie Regierungsdaten vom 9. März zeigen. Der Vertrauensindex in die Wirtschaft fiel auf 27,4 Punkte und damit auf den niedrigsten Stand seit der Tsunami-Dreifach-Katastrophe im April 2011.

## Hotlines für Unternehmen

### Infotelefon des Bundesgesundheitsministeriums zum Coronavirus

**Telefon: 030 346465100**  
*Mo – Do 8:00 bis 18:00 Uhr*  
*Fr 8:00 bis 12:00 Uhr*

### Hotline des Bundeswirtschaftsministeriums für allgemeine wirtschaftsbezogene Fragen zum Coronavirus

**Telefon: 030 18615 1515**  
*Mo– Fr 9:00 bis 17:00 Uhr*

### Beantragung von Kurzarbeitergeld: Zuständig ist die örtliche Arbeitsagentur. Unternehmerhotline der Bundesagentur

**Telefon: 0800 45555 20**

### Hotline für Fragen zu Ausnahmegenehmigungen bei der Ausfuhr von Schutzausrüstung

**Telefon: 06196 908-1444**  
*schutzausruestung@bafa.bund.de*

## Links

### Bundesministerien/-ämter

#### Bundesregierung

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/ausbreitung-coronavirus-1716188>

#### Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi)

Auswirkungen des Coronavirus: Informationen und Unterstützung für Unternehmen sowie sehr hilfreiche Links:

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/coronavirus.html>

Ein Schutzschild für Beschäftigte und Unternehmen, Maßnahmenpaket zur Abfederung der Auswirkungen des Corona-Virus:

[https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/schutzschild-fuer-beschaeftigte-und-unternehmen.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=14](https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/S-T/schutzschild-fuer-beschaeftigte-und-unternehmen.pdf?__blob=publicationFile&v=14)

#### Bundesfinanzministerium (BMF)

Fragen und Antworten zum Corona-Hilfsprogramm

<https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/FAQ/2020-03-13-Corona-FAQ.html>

## **Bundesgesundheitsministerium (BMG)**

Aktuelle Informationen zum Coronavirus:

<https://www.bundesgesundheitsministerium.de/coronavirus.html>

## **Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS)**

FAQs zu arbeitsrechtlichen Auswirkungen des Coronavirus.

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2020/corona-virus-arbeitsrechtliche-auswirkungen.html>

Kurzarbeitergeld

<https://www.bmas.de/DE/Presse/Meldungen/2020/mit-kurzarbeit-gemeinsam-beschaeftigung-sichern.html>

<https://www.bmas.de/DE/Themen/Arbeitsmarkt/Arbeitsfoerderung/kug.html>

## **Bundesagentur für Arbeit**

Corona Virus: Aktuelle Informationen für Kundinnen und Kunden

<https://www.arbeitsagentur.de/corona-virus-aktuelle-informationen>

## **Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV)**

Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen

<https://www.gesetze-im-internet.de/ifsg/>

## **Auswärtiges Amt**

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/covid-19/2296762>

## **Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA)**

[https://www.bafa.de/DE/Home/home\\_node.html](https://www.bafa.de/DE/Home/home_node.html)

## **Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe**

Handbuch „Betriebliche Pandemieplanung“

[https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Downloads/GesBevS/Handbuch-Betriebl\\_Pandemieplanung\\_2\\_Auflage.pdf](https://www.bbk.bund.de/SharedDocs/Downloads/BBK/DE/Downloads/GesBevS/Handbuch-Betriebl_Pandemieplanung_2_Auflage.pdf)

## **Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)**

<https://www.infektionsschutz.de/>

## **Germany Trade and Invest (GTAI)**

Coronavirus – wirtschaftliche Auswirkungen auf Auslandsmärkte

<https://www.gtai.de/gtai-de/trade/specials/special/coronavirus-218400>

## EU-Institutionen

### Europäische Kommission

[https://ec.europa.eu/health/coronavirus\\_en](https://ec.europa.eu/health/coronavirus_en)

### Europäische Zentralbank

<https://www.ecb.europa.eu/home/html/index.en.html>

## Forschungsinstitute

### Robert Koch Institut

[https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges\\_Coronavirus/nCoV.html](https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/nCoV.html)

### Johns Hopkins University & Medicine

<https://coronavirus.jhu.edu/map.html>

## Internationale Organisationen

### Weltgesundheitsorganisation (WHO)

<https://www.who.int/health-topics/coronavirus>

### Vereinte Nationen

<https://unric.org/de/coronavirus-covid-19/>

### Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD)

<https://www.oecd.org/>

## China

### China's National Health Commission

<http://en.nhc.gov.cn/>

### Deutsche Botschaft Peking

<https://china.diplo.de/cn-de>

### AHK China

<https://china.ahk.de/de/>

### European Union Chamber of Commerce in China (EUCCC)

[https://www.europeanchamber.com.cn/en/national-news/3131/focus\\_on\\_the\\_2019\\_ncov](https://www.europeanchamber.com.cn/en/national-news/3131/focus_on_the_2019_ncov)

## Impressum

Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)  
Breite Straße 29, 10178 Berlin  
www.bdi.eu  
T: +49 30 2028-0

## Ansprechpartner

Matthias Krämer  
Abteilungsleiter  
Strategische Planung und Koordination  
T: +49 30 2028-1421  
m.kraemer@bdi.eu

Julia Callies  
Referentin  
Strategische Planung und Koordination  
T: +49 30 2028-1446  
j.callies@bdi.eu